

Der Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 26.01.2009 wird als Nachtrags-Bericht der Verwaltung in die Tagesordnung aufgenommen.

Die Stadtratsgruppe DIE LINKE fordert in ihrem Antrag vertragliche Regelungen zwischen der Stadt Fürth und der ARGE Fürth zum "Stundenlohn" und zur "Urlaubswahl (genehmigte Ortsabwesenheit)".

Die Geschäftsführung der ARGE Fürth hat dazu unterm 11.02.2009 eindeutig Stellung bezogen und die Forderungen als nicht erfüllbar bezeichnet, da gesetzliche Vorgaben dem entgegenstehen. Gleichwohl wird sich die ARGE-Trägerversammlung am 04.03.2009 mit dem Antrag befassen. Auch die Mitglieder des Beirates weisen darauf hin, dass über einen Vertrag eine Aushebelung des SGB II gegeben wäre und im Übrigen Ermessensspielräume im SGB II gegeben seien.